



Antrag

der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen sowie der Abgeordneten des SSW

Rechtem Populismus und rechter Hetze entschlossen entgegenzutreten

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag zeigt sich besorgt über den enormen Anstieg rechtspopulistischer und rechtsextremer Hetze in der Gesellschaft und den in Teilen großen Zuspruch zu Feinden der Demokratie.

Auch in Schleswig-Holstein gab es in den zurückliegenden Monaten Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte und körperliche Angriffe auf Menschen ausländischen Aussehens. Schutzsuchende werden dadurch erneut von Gewalt bedroht, Migrantinnen und Migranten diffamiert. Die rassistisch motivierten Straftaten sind in 2015 in nicht hinnehmbarer Weise gestiegen und reichen weit über das extremistische Milieu hinein in die Mitte der Gesellschaft. Wir verurteilen scharf jede Form ausländerfeindlicher Straftaten. Wir stehen auch an der Seite aller Bürgerinnen und Bürger, die Geflüchteten und Migrantinnen im ganzen Land helfen und ihnen Schutz und Beistand bieten.

Auch in Schleswig-Holstein versuchen Rechtsradikale und Rechtspopulistinnen, aus rassistischen Hassparolen politischen Profit zu ziehen, und hetzen dabei auch gegen den demokratischen und sozialen Rechtsstaat. Unsere Demokratie, unseren Rechtsstaat und unser tolerantes Miteinander verteidigen wir mit aller Entschlossenheit gegen jede Form der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit.

Der Landtag erklärt daher folgendes:

1. Der Landtag bekennt sich zu einer friedlichen, weltoffenen und vielfältigen Gesellschaft und verurteilt rechtspopulistische und rechtsextreme Haltungen deutlich. Er stellt sich den neuen rechten Parteien wie der AfD entschlossen entgegen und sucht die politische Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit.
2. Der Landtag verurteilt die in Teilen der Gesellschaft, insbesondere im Internet und auf Demonstrationen vorgetragene Intoleranz, pauschale Abwertung von Bevölkerungsgruppen und rassistische Stimmungsmache. Es ist erschreckend, dass rechte Hetze wieder salonfähig gemacht werden soll. Der Schleswig-Holsteinische Landtag sieht darin einen Nährboden für rechte Gewalt.
3. Der Landtag verurteilt jegliche Gewalt und den enormen Anstieg der Gewalttaten gegenüber Geflüchteten im Jahr 2015. Diese müssen konsequent aufgeklärt werden.
4. Der Landtag unterstützt die Bemühungen der Landesregierung, die Präventionsarbeit gegen Rechtsradikalismus und Intoleranz in Beratungsstellen, Schulen, Bildungseinrichtungen und in der Zivilgesellschaft weiter zu intensivieren, um der Ausbreitung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegenzuwirken.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, mit allen Mitteln des Rechtsstaats gegen Parteien und Bewegungen vorzugehen, die als Feinde der Demokratie die Grundsätze des friedlichen Zusammenlebens in unserem Land untergraben wollen.

Angesichts des zunehmenden Rechtspopulismus in Deutschland und der in Teilen der Bevölkerung verbreiteten Ressentiments und Vorurteilen sehen wir das demokratische Miteinander bedroht. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in all ihren Ausprägungen, gefördert insbesondere durch NPD, PEGIDA oder AfD ist eine der größten Gefahren für unsere Demokratie.

Zuwanderung und Integration stellen unsere Gesellschaft vor erhebliche Herausforderungen. Berechtigte Sorgen der Menschen nehmen wir weiter ernst und lassen diese mit ihren Befürchtungen nicht alleine. Politisch andere Positionen zu vertreten, legitimiert jedoch nicht, Ressentiments zu bedienen. Rechtspopulismus lässt sich nicht dadurch bekämpfen, dass demokratische Parteien sich in ihrem Handeln oder ihrer Programmatik rechtspopulistischen Positionen anpassen.

Nur die konsequente Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Tendenzen in allen Erscheinungsformen kann diese entzaubern. Dazu gehört auch die öffentliche Auseinandersetzung auf Podien und in den Medien. Wir stellen uns den neuen und etablierten rechten Parteien und Bewegungen in Deutschland entschlossen entgegen.

Tobias von Pein
und Fraktion

Burkhard Peters und Rasmus Andresen
und Fraktion

Lars Harms
und die Abgeordneten des SSW